



Landeshauptstadt Potsdam

Geschäftsbereich 1
GS Steuerungsunterstützung 101

Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

ANTRAG auf Gewährung einer Zuwendung zur Realisierung von „Bürger-Budgets“

1. Antragsteller/in (Stammdaten)

Name der juristischen Person	
Anschrift der Antragstellerin/des Antragstellers	
Name:	
Straße:	
PLZ/Ort:	
E-Mail:	
Auskunft erteilt	Rechtsverbindl. Zeichnungs- bzw. Vertretungsbefugnis
Name:	Name:
Telefon:	Telefon:
E-Mail:	E-Mail:
Bankverbindung (Kontodaten des Zuwendungsempfängers bei Bewilligung)	
Kontoinhaber/in:	
IBAN:	
BIC:	
Bezeichnung des Kreditinstitutes:	

2. Projekt/Maßnahme

2.1 Kurzbezeichnung des Projektes/der Maßnahme

--

**2.1 Detaillierte Beschreibung der Maßnahme bzw. des Projektes/
Zuwendungszweck und Zielgruppe**

<small>Detaillierte Benennung der räumlichen Verortung; Projektbeschreibung u. Rahmenbedingungen zur direkten Beteiligung der Einwohnerschaft / Zielgruppen, Aussagen zur Veröffentlichung der Ergebnisse; Phasen: Öffentlichkeitsarbeit, Informationsbereitstellung, Ideensammlung, -prüfung, -abstimmung, -umsetzung</small>	
Betreffender Sozialraum:	
Fokussierter Stadt-/Ortsteil:	
Projektbeschreibung	
Verfahrensschritte/Phasen	Zeitraum

Ggf. bitte gesonderte Blätter als Anlage beifügen.

3. Durchführungszeitraum

Zeitraum, in dem die Maßnahme/das Vorhaben geplant, vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet wird Bitte beachten Sie, dass Maßnahmen/Vorhaben, die bereits begonnen wurden grundsätzlich <u>nicht</u> zuwendungs-fähig sind (siehe hierzu auch Pkt. 8.2)	
von:	bis:

4. Gesamtkosten der Maßnahme / Beantragte Zuwendung

Laut beigefügtem Finanzierungsplan (in EUR)
Gesamtkosten i. H. v.

5. Finanzierungsplan

(Angabe aller kassenwirksamen, d. h. den Zahlungsverkehr betreffenden Einnahmen und Ausgaben, die voraussichtlich im Maßnahme- bzw. Projektzusammenhang stehen.)

5.1 Ausgaben ¹⁾

	Gesamtkosten brutto (in EUR)
5.1.1. Organisation	
Personalkosten / Honorare	
Öffentlichkeitsarbeit / Informationsbereitstellung	
Allgemeine / Sonstige Sachkosten	
5.1.2 Realisierung der wichtigsten Bürgerwünsche Für die Umsetzung der im Ergebnis des Bürger-Budgets ermittelten, wichtigsten Projekte der Bürgerschaft mit jeweils Kosten in Höhe von max. 5.000 EUR / brutto.	
Summe der Gesamtausgaben	

¹⁾ Soweit die Ausgaben der beabsichtigten Maßnahme nicht oder **nicht von der Gliederung nach Nummer 5.1 erfasst** werden, ist eine gesonderte Kostenkalkulation einzureichen. Reise- und Übernachtungskosten sind nur gemäß den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes erstattungsfähig.

5.2 Einnahmen

(Keine Angabe nötig.)

6. Angaben zur Mittelverwaltung

6.1 Art der Buchführung

- doppelte Buchführung
- Einnahme-Überschuss-Rechnung
- Sonstige: _____

6.2 Die Buchhaltung wird durch

- hauptamtliche Personen
 - ehrenamtliche Personen
 - externe Personen (z. B. Steuerberater)
- geführt.

6.3. Das Jahresergebnis wird geprüft durch

- eigene Revisoren
- fremde Revisoren bzw. Wirtschaftsprüfer
- ehrenamtliche Kassenprüfer
- _____

6.4 Freistellung von der Körperschaftssteuer

- (Letzter) Freistellungsbescheid zur Körperschafts-/Gewerbsteuer liegt vor vom _____ für die Kalenderjahre _____
- eine Freistellung von der Körperschaftssteuer liegt nicht vor.

7. Rechtsgeschäftliche Vertretungsbefugnis

Die rechtsgeschäftliche Vertretungsbefugnis ist gemäß § _____ der Satzung derart geregelt, dass sie von

- dem Vorstand gemeinschaftlich
- jedem Vorstand allein
- dem Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandmitglied
- zwei Vorstandsmitgliedern gemeinsam
- _____

ausgeübt wird.

Vorstandsmitglieder:

Siehe letzter Vereinsregisterauszug vom _____.

- Durch die Vollmacht wurde eine besondere Vertretung gemäß §/Ziff. _____ der Satzung (§ 30 BGB) bestellt.

Name/Funktion

Name/Funktion

8. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt bzw. versichert, (dass)

- 8.1** die Vorgaben entsprechend des „Konzept zur Durchführung dezentraler Bürger-Budgets“ (vgl. SVV-Beschluss vom 4.11.2020, DS 20/SVV/1288) zu erfüllen,
- 8.2** mit der Maßnahme/dem Vorhaben noch nicht begonnen worden ist und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ohne Zustimmung der Bewilligungsstelle nicht begonnen wird.
- Ich/Wir bitte/n um Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginns.
(Die Begründung ist als Anlage beigefügt.)
- Mir/Uns ist bewusst, dass eine Auszahlung von Mitteln erst nach Erteilung der Bewilligung möglich ist.
- Hinweis:** Beginnen Sie mit der Maßnahme/dem Vorhaben nicht, bevor die Bewilligungsstelle dem vorzeitigen Maßnahmebeginn schriftlich zugestimmt hat. Als Vorhabenbeginn bzw. Projektbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.
- 8.3** er/sie im Rahmen dieser Maßnahme zum Vorsteuerabzug
- nicht berechtigt ist,
 berechtigt ist und diese bei der Berechnung der Gesamtkosten sowie im Finanzierungsplan (vgl. 5.1) berücksichtigt hat,
- 8.4** die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben einschließlich der Angaben im (beigefügten) Finanzierungsplan. Ich/Wir verpflichten uns, alle im Antrag gemachten Angaben bei Bedarf zu belegen. Ich/Wir werde/n die Bewilligungsstelle zudem unverzüglich schriftlich unterrichten, wenn sich hinsichtlich der Umstände, zu denen ich/wir Angaben gemacht habe/n, Änderungen ergeben,
- 8.5** **kein** gleichlautender Zuwendungsantrag bei einer anderen Bewilligungsstelle der Landeshauptstadt Potsdam gestellt wurde und das bei der Stellung weiterer Förderanträge für dasselbe Vorhaben bei anderen öffentlichen Stellen oder Bewilligungsstellen der Landeshauptstadt Potsdam dies entsprechend im Finanzierungsplan angegeben und die Ansprechpartner auf einem gesonderten Beiblatt aufgelistet wurde/n. Sofern ein gleichlautender Antrag gestellt wurde ist diese im vorliegenden Antrag und/oder auf einem gesonderten Beiblatt ausdrücklich zu vermerken/anzugeben.
- 8.6** unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung der beantragten Zuwendung gesichert ist,
- 8.7** die beantragten Mittel im Falle der Bewilligung wirtschaftlich und sparsam verwendet werden,
- 8.8** die in diesem Antrag (einschließlich der Antragsunterlagen) gemachten Angaben zeitnah ermittelt wurden,
- 8.9** über den Bewilligungszeitraum hinaus keine weiteren Finanzierungsansprüche bestehen,
- 8.10** die Vergabevorschriften beachtet wurden und werden,
- 8.11** ihm/ihr bekannt ist, dass aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben erhaltene Mittel unverzüglich zurückzuzahlen und ab Empfang mit zurzeit 5 % über dem Basiszinssatz zu verzinsen sind,
- 8.12** die Nichteinhaltung einer auferlegten Zweckbindungsfrist zur Rückforderung der Mittel führen kann,
- 8.13** die beantragte Zuwendung subventionserheblich ist, die mit der Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB benannten Tatsachen bekannt sind und zum Zeitpunkt der Antragstellung bezogen auf den Zuwendungszweck nicht vorliegen,
- 8.14** er/sie die Bestimmungen zur Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns einhalten.

9. Einverständnis zur Datenverarbeitung

Der/Die Antragsteller/in erteilt seine/ihre Einwilligung zur Datenverarbeitung seiner/ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Verfahrens zur Zuwendungsgewährung. Ihm/Ihr ist bekannt, dass er/sie die Einwilligung verweigern und mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann. Ihm/Ihr ist bewusst, dass Zuwendungsanträge ohne Vorliegen der Einwilligung nicht bearbeitet werden können.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift
der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung
befugten Person/en

10. Anlagen

Wenn die/der Antragsteller/in eine juristische Person ist, bitte Folgendes beifügen:

- Aktuelle Vereinssatzung/aktueller Gesellschaftervertrag o. ä.
- Aktueller Auszug über die Eintragung im Vereins- oder Handelsregister sowie
- Freistellung des zuständigen Finanzamtes.

Weitere Unterlagen:

- **Erklärung Subventionsbetrug**



Mitteilung

gemäß § 2 Subventionsgesetz über die subventionserheblichen Tatsachen - Zuwendung an Betriebe und Unternehmen

Als subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch werden folgende Tatsachen bezeichnet:

1. Tatsachen, die für die **Bewilligung und Gewährung** einer Zuwendung erheblich

sind: Hierunter fallen die Tatsachen

- zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers:
 - Name des Antragstellers
 - Ausführende Stelle
 - Rechtsform des Antragstellers
 - Gesellschaftliche und vertragliche Beziehungen
 - Zusammenarbeit mit anderen, projektteilnehmenden Stellen bzw. Projektpartnern
- in den Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Anhängen zum Jahresabschluss, Lageberichten sowie Geschäftsberichten, soweit sie besonders angefordert werden,
- die Investitionen oder die Übersicht über die Finanzen des Vorhabens betreffen,
- in der Vorhabenbeschreibung zu
 - Gesamtziel des Vorhabens,
 - Wissenschaftliche und technische Arbeitsziele des Vorhabens,
 - Bisherige Arbeiten des Antragstellers,
 - Verwertungsplan.

2. Tatsachen, die für die **Weitergewährung, die Inanspruchnahme, das Belassen oder die Rückforderung** der Zuwendung von Bedeutung sind:

- alle Tatsachen, die der LHP bei der Durchführung der Maßnahme nach den Bestimmungen des vorläufigen Zuwendungsbescheides nebst Anlagen mitzuteilen sind,
- ferner sind Tatsachen im Zwischennachweis und im Verwendungsnachweis subventionserheblich, die die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen.

3. **Scheingeschäfte und Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten**

Subventionserhebliche Tatsachen sind auch solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (vgl. § 4 des Subventionsgesetzes).

Absender

Name: _____

Firma: _____

Anschrift: _____

┌
└
Landeshauptstadt PotsdamGeschäftsbereich 1
GS Steuerungsunterstützung 101Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam
└
┌

Erklärung Subventionsbetrug**Betr.: Projekt/Maßnahme** _____

Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 des Strafgesetzbuches bekannt.

Ich/Wir habe(n) davon Kenntnis genommen, dass die in der beigefügten „Mitteilung gemäß § 2 Subventionsgesetz über die subventionserheblichen Tatsachen - Zuwendung an Betriebe und Unternehmen“ aufgeführten Tatbestände subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind.

Ferner ist mir/uns bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, Ihnen unverzüglich alle Änderungen zu den aufgeführten Tatsachen im Zusammenhang mit der möglichen „Zuwendung zur Realisierung von Bürger-Budgets“ mitzuteilen. Derartige Änderungen sind gegenwärtig nicht gegeben.

Von den besonderen Offenbarungspflichten gemäß § 3 Subventionsgesetz in Verbindung mit dem „Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Realisierung von Bürger-Budgets“ habe(n) ich/wir Kenntnis genommen.

Ort, Datum_____
Rechtsverbindliche Unterschrift(en)
und Firmenstempel